

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2022

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
9

LÄNDERPROFIL

Iran



Platz 9 / 85 Punkte (2021: Platz 8 / 86 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2020 – 30. September 2021

Überblick

Christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, tragen die Hauptlast der Verstöße gegen Religionsfreiheit. Diese Verstöße werden vor allem durch die Regierung und in einem geringeren Maße durch die Gesellschaft und die Familien der Konvertiten begangen. Die Regierung sieht in christlichen Konvertiten einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung Irans zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten sowie Gemeindeführer und einfache Mitglieder anderer Denominationen und Kirchen, die christliche Konvertiten unterstützen, werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt und geschützt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt und sie leiden unter legalisierter Diskriminierung. Es ist ihnen verboten, bei der Durchführung jeglicher Gemeindeaktivitäten oder der Erstellung christlicher Materialien die Landessprache Farsi zu verwenden; gleichzeitig sind die meisten Arbeitsplätze Muslimen vorbehalten, insbesondere staatliche Stellen. Außerdem ist Christen der armenischen und assyrischen Kirchen der Kontakt mit (farsisprachigen) christlichen Konvertiten verboten; und sie dürfen diesen Konvertiten nicht erlauben, ihre Gottesdienste zu besuchen.

ECKDATEN

STAATSOBERHAUPT

Oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei

BEVÖLKERUNG

84.308.000

CHRISTEN

800.000 (0,9 %)

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Theokratische Republik



Hintergrund

Iran wurde zu einer islamischen Republik, als der Schah in der Revolution von 1979 abgesetzt wurde und schiitisch-islamische Geistliche die Kontrolle über das Land übernahmen. Sie verbannten jeden westlichen Einfluss (den sie als christlich betrachten) aus ihrem Land. Der ranghöchste und einflussreichste Geistliche ist heute der sogenannte »Oberste Führer« Ali Chamenei. Der Rückzug der USA aus dem Iran-Abkommen (dem »Joint Comprehensive Plan of Action«, kurz JCPOA) im Jahr 2018 führte dazu, dass Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft gesetzt wurden. Die Währung des Landes (Iranischer Rial) verlor an Wert und die Wirtschaft verschlechterte sich erheblich. Dies führte zu wachsenden Spannungen. Als Folge davon brach Iran die Bedingungen des JCPOA und es begann ein Schattenkrieg, in dessen Verlauf unter anderem der einflussreichste militärische Befehlshaber Irans, Generalmajor Qasem Soleimani, im Januar 2020 von den USA getötet wurde. Die jetzige US-Regierung ist zwar bereit, zum JCPOA zurückzukehren, aber am Ende des Berichtszeitraums des diesjährigen Weltverfolgungsindex (September 2021) war die Position Irans dazu noch unklar. Dies ist zum Teil auf die Innenpolitik zurückzuführen: Dort gibt es eine Spaltung zwischen der islamischen Linken (»Reformisten«) und der islamischen Rechten (»Prinzipalisten«), wobei die Pragmatiker in der Mitte stehen. Allerdings ist es der Oberste Führer Chamenei, ein Prinzipalist, der alle politischen Fäden in der Hand hält. Er ernennt den Wächterrat, der bei allen parlamentarischen Gesetzen ein Vetorecht hat und auch alle Kandidaten für politische Ämter überprüft, einschließlich des Parlaments. Seit Jahren werden tausende Kandidaten der Reformisten vom Wächterrat abgelehnt – was dazu führte, dass die Opposition die letzten Wahlen boykottierte. Nachdem auf diese Weise jegliche Opposition



unterdrückt wurde, gelang es den Prinzipalisten, sowohl die Parlamentswahlen im Februar 2020 als auch die Präsidentschaftswahlen im Juni 2021 zu gewinnen.

Der neu gewählte Präsident Ebrahim Raisi war zuvor Generalstaatsanwalt und oberster Richter Irans und ist für seine Rolle bei der Hinrichtung tausender iranischer Dissidenten bekannt. Da die Prinzipalisten nun alle staatlichen Institutionen dominieren, ist es unwahrscheinlicher geworden, dass Iran zum JCPOA zurückkehren wird.

Proteste werden brutal unterdrückt und Menschenrechtsaktivisten immer wieder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Regierung überwacht das Internet, zensiert Inhalte oder drosselt die Verbindungsgeschwindigkeit, um die Unzufriedenheit und die Proteste in Schach zu halten. Wer sich dem Regime widersetzt, muss damit rechnen, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt zu werden. Iran ist eines der repressivsten Länder der Welt für Journalisten: Sie werden schikaniert, willkürlich verhaftet und in ungerechten Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt.

Das Land ist einer von nur sechs UN-Staaten, welche die Frauenrechtskonvention CEDAW (Englisch »Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women«) nicht ratifiziert haben. Frauen sind im Allgemeinen wirtschaftlich stärker verwundbar, was auf niedrige Bildungsquoten, Armut und frühe Heirat zurückzuführen ist. Nach der Scharia erhalten Töchter im Erbfall nur die Hälfte des Anteils, den Söhne bekommen.

Die Corona-Pandemie hat Iran schwer getroffen und die ohnehin angeschlagene wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Im Jahr 2021 lag die offizielle durchschnittliche Arbeitslosenquote bei rund elf Prozent, unter jungen Iranern und Iranerinnen sogar bei 27 Prozent.

Iran ist mit Gruppen wie der Hisbollah und der Hamas verbündet. Die Gefahr eines Angriffs durch gewalttätige islamische Kämpfer in Iran ist dennoch groß, da der schiitische Iran gegen den sunnitischen sogenannten »Islamischen Staat« gekämpft hat und Sunniten auf seinem Terrain unterdrückt.

Offiziell folgen die meisten Iraner der Staatsreligion, dem schiitischen Islam. Eine bedeutsame Minderheit von zehn Prozent gehört dem sunnitischen Islam an. Jüngste Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass sich nur noch etwa 32 Prozent der Iraner als Anhänger der Schia bezeichnen. Die iranische Verfassung erkennt vier religiöse Gruppen an: Muslime, Zoroastrier, Juden und Christen. Iraner müssen sich zu einer dieser vier Gruppen bekennen, um eine Reihe



von gesetzlichen Rechten geltend machen zu können, zum Beispiel um an einer Universität studieren zu können. Jeder, der kein schiitischer Muslim ist, wird diskriminiert und eingeschränkt; sogar die Mitglieder einiger schiitischer Sufi-Gruppen werden von der Regierung unter Druck gesetzt. Nicht anerkannte Minderheiten wie christliche Konvertiten, Bahai, Derwische und Nichtgläubige sind schweren Verletzungen ihrer Religionsfreiheit ausgesetzt.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	800.000	0,9
Muslime	82.915.250	98,3
Hindus	37.521	0,0
Buddhisten	479	0,0
Anhänger ethnischer Religionen	4.790	0,0
Juden	7.784	0,0
Bahai	215.546	0,3
Atheisten	10.378	0,0
Agnostiker	232.510	0,3
Andere	84.222	0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität der Städte haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren als in ländlichen Gebieten, in denen die soziale Kontrolle stärker ist.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Alle Gesetze müssen mit der Scharia übereinstimmen. Der sogenannte Wächterrat, der vom Obersten Führer Chamenei eingesetzt wird und sich aus schiitischen Gelehrten und Geistlichen zusammensetzt, prüft alle Gesetze sowie die Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter, beispielsweise für das Präsidentenamt und das Parlament. Ethnische Perser werden als Muslime betrachtet, weshalb jeder, der sich dem christlichen Glauben zuwendet, als Abtrünniger gilt. Dadurch werden fast alle christlichen Aktivitäten zu kriminellen Handlungen – vor allem, wenn sie in Farsi stattfinden. Muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen Minderheiten auf. Dabei ist die iranische Gesellschaft weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigeren Sufi-Islam zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur. Dennoch üben oft religiöse Familien Druck auf Familienmitglieder aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind – auch solche aus ethnischen Minderheiten.

Diktatorische Paranoia

Das Regime ist bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu schützen, von denen es seine Legitimität ableitet. Der christliche Glaube gilt als gefährlicher westlicher Einfluss und als Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Dies erklärt, warum insbesondere Konvertiten,

die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« verurteilt werden. Darüber hinaus zeigt die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition, dass es dem Regime vor allem um den Erhalt seiner Machtbasis geht.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders christlichen Konvertiten, wird oft eine Entlassung gegen Kautions angeboten. Dabei geht es meist um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 150.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien werden dadurch gezwungen, ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken zu belasten. Personen, die gegen Kautions freigelassen werden, schweigen oft, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt sie, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions aufzugeben. Es wird angenommen, dass Regierungsbeamte das Kautions-system nutzen, um sich zu bereichern und diese Christen finanziell in den Ruin zu treiben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

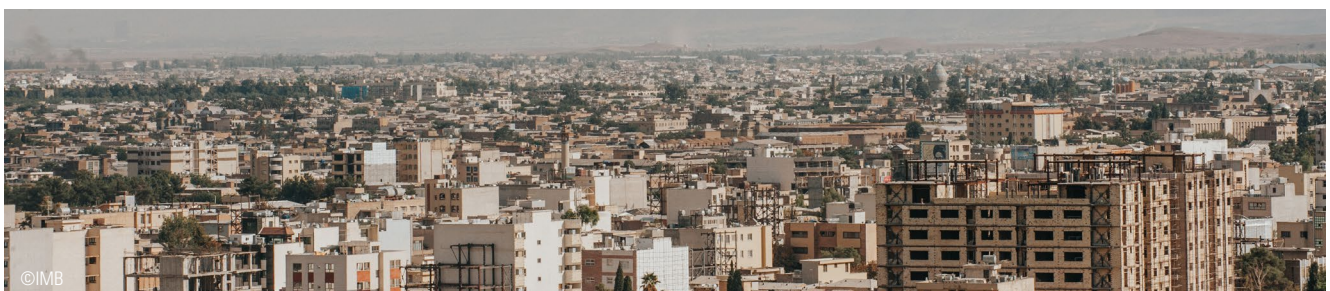
Iran ist von der Ehr- und Schamkultur geprägt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dazu kommt, dass Iran eine multikulturelle Bevölkerung hat, wobei einige ethnische Gruppen starke Gruppenidentitäten wahren. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der eigenen Gruppe, was Schande über die Familie bringt. Das kann zu einem erhöhten Druck auch auf christliche Konvertiten führen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (zum Beispiel von den Philippinen



oder aus Südkorea) und dem Westen, von denen viele Angehörige katholischer, lutherischer oder presbyterianischer Kirchen sind. Einige der wenigen ausländischen Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit auf Druck des iranischen Sicherheitsapparates ebenfalls abgesagt.

Ausländischen Christen ist es streng verboten, mit iranischen Konvertiten, die sich vom Islam abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben, in Kontakt zu treten, geschweige denn, sie in ihre Gemeinden aufzunehmen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volkgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen. Sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens und dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (farsisprachige) ehemalige Muslime miteinzubeziehen oder sie an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl sie formell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden Christen aus traditionellen Kirchen als Bürger zweiter Klasse behandelt und sind legalisierter gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Zudem riskieren sie Freiheitsentzug, wenn sie ihren Glauben an Muslime weitergeben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die größte Gruppe von Christen in Iran sind ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, die von der Regierung ausgeht und in einem geringeren Ausmaß auch von ihren (Groß-)Familien und der Gesellschaft. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen der Abwendung vom Islam gesehen. Sie ist deshalb verboten. Kinder von christlichen Konvertiten, die sich vom Islam abgewandt haben, werden automatisch als Muslime registriert, da ihre Eltern ihre offizielle Religionszugehörigkeit nicht ändern können. In der Vergangenheit wurden besonders Leiter von Gruppen christlicher Konvertiten verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt. Doch seit 2014 werden in ähnlicher Weise vermehrt auch Mitglieder von Hauskirchen angeklagt, die keine Leitungsfunktion innerhalb der Gruppen ausüben, ebenso wie Christen anderer Konfessionen, die sie unterstützen. Darüber hinaus gibt es weltweit eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen muslimischer Herkunft, da viele von ihnen im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland ebenfalls Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Es ist zwar schwierig, diese Gruppe klar von den Gemeinschaften christlicher Konvertiten abzugrenzen, allerdings



haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren

Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich an evangelistischen Aktivitäten beteiligen oder Hauskirchen besuchen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Es ist für Christen riskant, ihren Glauben öffentlich kundzutun (etwa in Blogs oder sozialen Medien), insbesondere für christliche Konvertiten. Das Internet wird überwacht und solche Äußerungen können als Beweismittel für eine Verhaftung dienen. Die Weitergabe christlicher Botschaften (vor allem in persischer Sprache) kann als Bekehrungsversuch interpretiert werden. Auch der Zugriff auf christliche Online-Materialien oder die Kontaktaufnahme mit ausländischen Christen sind riskante Unterfangen. Der Besitz christlicher Literatur in Farsi, besonders in größeren Stückzahlen, legt den Verdacht nahe, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Zusammenkünfte von Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden überwacht und häufig von der Polizei gestürmt.

Familienleben

Christen können keine muslimischen Kinder adoptieren. Armenische und assyrische Christen betreiben jedoch eigene Waisenhäuser, aus denen sie Kinder adoptieren können. Die Kinder von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft werden automatisch als Muslime registriert. Sie müssen am islamisch geprägten Schulunterricht

teilnehmen, der seit der Revolution von 1979 noch stärker am Islam ausgerichtet wurde. Bereits in der Grundschule werden sogar die Kinder von armenischen oder assyrischen Christen gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Der Widerstand vonseiten christlicher Eltern gegen diese Regelung hat nur dazu geführt, dass sie vor Gericht gestellt und ihre Kinder bedroht wurden. An den Universitäten sind Kurse wie islamische Geschichte, Koran und Arabisch Pflichtfächer. Bei der Bewerbung an einer Universität muss die Religionszugehörigkeit angegeben werden; und gibt eine Person muslimischer Herkunft an, dass sie Christ sei, wird sie nicht an der Universität aufgenommen. Gemeindeleiter und in zunehmendem Maße auch Gemeindeglieder werden oftmals zu langjährigen Haftstrafen verurteilt; dies hat traumatische Auswirkungen auf die ganze Familie. Laut Artikel 881 des Zivilgesetzbuchs kann ein Nichtmuslim nicht von einem Muslim erben. Gibt es im Todesfall eines Nichtmuslims unter den Erben nur einen Muslim, fällt diesem der gesamte Nachlass zu.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden überwacht, insbesondere wenn sie im Verdacht stehen, eine Hauskirche zu leiten, oder zu

evangelisieren. Diese Christen werden häufig zu Verhören vorgeladen, die der Einschüchterung dienen sollen. Informanten in westlichen Ländern berichten dem iranischen Geheimdienst über Aktivitäten iranischer Christen im Ausland. In Iran ist es für Frauen Pflicht, den Kopf zu bedecken und den Hijab zu tragen. Mehr als 60 Prozent des Wirtschaftssektors werden von der iranischen Regierung kontrolliert. Das Geschäftsleben ist von Klientelpolitik und Vetternwirtschaft geprägt. Christen aus traditionellen Kirchen, wie armenische und assyrische Christen, werden im Geschäftsleben diskriminiert; den anderen Christen in Iran ist es gar nicht möglich, Handel zu treiben.

Leben im Staat

Hohe Positionen in der Regierung sind schiitischen Muslimen vorbehalten. Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der armenischen und assyrischen ethnischen Minderheiten reserviert sind. Es kann gefährlich sein, die Regierung zu kritisieren. Die nationalen Medien werden streng kontrolliert, und sowohl Staatsbeamte als auch Imame kritisieren Christen (in der Regel in Bezug auf Zionismus und Hauskirchen). Sexuelle Belästigung ist weit verbreitet, obwohl sie einen Verstoß gegen das iranische Strafgesetzbuch darstellt. Verbrechen gegen



christliche Konvertiten durch ihre eigene Familie werden nicht geahndet.

Kirchliches Leben

Die meisten Gottesdienste werden von der Polizei überwacht. Dies schürt Angst unter den Gottesdienstbesuchern. Armenische und assyrische Christen dürfen Gottesdienste in ihren eigenen Sprachen abhalten, solange sie Christen mit muslimischem Hintergrund die Teilnahme verweigern. Armenier und Assyrer betreiben zudem einige staatlich subventionierte Schulen; die Schulleiter sind jedoch in der Regel Muslime. Es gibt keine staatlich anerkannten oder auch nur geduldeten Farsi-Kirchen im Land. In den letzten Jahren hat die Regierung ihre Bemühungen verstärkt, farsisprachige Christen aus Iran zu vertreiben, indem sie Untergrundkirchen schloss und christliche Leiter verhaftete.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Februar 2021 unterzeichnete der (ehemalige) Präsident Rohani zwei umstrittene Änderungen des Strafgesetzbuchs. Diese Änderungen erweitern den Spielraum für die Strafverfolgung von Christen, insbesondere von christlichen Konvertiten, da das Regime sie als Mitglieder von »Sekten« und »Kulten« definiert.
- Im Juni 2021 wurden auf Grundlage des geänderten Gesetzes drei Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben zu der Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt. Sie gehören zu einer Gruppe von mindestens 65 Christen, die inhaftiert oder zu (langjährigen) Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2022	9	85,31
2021	8	85,60
2020	9	85,06
2019	9	85,21
2018	10	84,79

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der durchschnittliche Druck in Iran ist weiterhin extrem hoch. Der leichte Rückgang der Punktzahl (um weniger als 0,5 Punkte) ist mit jährlichen Schwankungen zu erklären. Die Aussichten für iranische Christen, insbesondere für Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben, trübten sich während des aktuellen Berichtszeitraums weiter. Die Wahl des Hardliners Ebrahim Raisi zum Präsidenten und die Änderung und Verschärfung des Strafgesetzbuchs fügen sich in eine umfassendere Entwicklung ein, nach der Iran immer mehr zu einem totalitären Staat wird. Die staatliche Überwachung nimmt zu; als Folge davon halten die Behörden das Leben der Bürger einschließlich alltäglicher Aktivitäten immer stärker unter Kontrolle. Die Wertung ist in allen Lebensbereichen extrem hoch.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Viele Mitglieder und Leiter von Hauskirchen sind Frauen. Der häusliche Rahmen dieser Gemeinden bietet ihnen Möglichkeiten, sich am Dienst zu beteiligen und ihre Berufung zu erfüllen; gleichzeitig werden sie dadurch aber auch angreifbar. Sie stehen in der Gefahr, bei Razzien verhaftet und von den Behörden sexuell belästigt zu werden. Einige Frauen, insbesondere Konvertitinnen mit muslimischem Hintergrund, werden gezwungen, Muslime zu heiraten. Der Druck kommt dabei von der Familie und dem örtlichen sozialen Umfeld; zudem werden alleinstehende christliche Frauen in der Arbeitswelt bei der Jobsuche

benachteiligt. Ist eine Konvertitin bereits verheiratet, wird man ihr wahrscheinlich die Kinder wegnehmen, um sicherzustellen, dass sie als Muslime erzogen werden.

Männer: Männer, insbesondere Pastoren, stehen in erhöhter Gefahr, verhaftet und strafrechtlich verfolgt zu werden und für längere Zeit ins Gefängnis zu kommen. Männer sind in der Regel die Hauptversorger ihrer Familien. Wenn sie sich aber vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden, riskieren sie, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn sie ein Gewerbe anmelden oder eine Genehmigung beantragen und der Beamte von ihrem christlichen Glauben erfährt, wird der Antrag wahrscheinlich abgelehnt. Dies stellt eine zusätzliche finanzielle und psychologische Belastung ihrer Familien dar. Außerdem werden Männer überwacht, bedroht und belästigt. Im Gegensatz zu Frauen werden männliche Konvertiten nicht als »fehlgeleitet« angesehen, sondern als Menschen, die bewusst falsche Entscheidungen treffen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden in Iran ebenso verfolgt. Viele Regimekritiker aus diesen Gruppen wurden hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von »Apostasie«). Auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber werden von der Regierung verdächtigt und diskriminiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Iran hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Iran kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden willkürlich verhaftet, wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit angeklagt und ohne ein faires Verfahren verurteilt (ICCPR Art. 9)
- Friedliche religiöse Aktivitäten von Christen werden vom Staat aus Gründen der nationalen Sicherheit überwacht und regelmäßig gestört (ICCPR Art. 18 und 21)
- Konvertiten zum Christentum werden wegen ihrer Entscheidung, den Islam zu verlassen, vom Staat verfolgt (ICCPR Art. 18)
- Christen aller Konfessionen werden vom Staat überwacht, was eine Verletzung ihres Rechts auf Privatsphäre darstellt (ICCPR Art. 17)
- Christliche Kinder werden gezwungen, am islamischen Religionsunterricht teilzunehmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen können nicht von Muslimen erben und haben nur eingeschränkten Zugang zu höherer Bildung und öffentlicher Beschäftigung (ICCPR Art. 26)



Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Das christliche Hilfswerk Open Doors unterstützt verfolgte Christen seit über 65 Jahren durch vielfältige Hilfsprojekte und -programme in mehr als 70 Ländern. Zudem dokumentiert Open Doors das Maß an Verfolgung und Diskriminierung, dem Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens ausgesetzt sind. Dieses Profil zeigt das Ausmaß von Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

- 1. DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
- 2. INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · I www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit